

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 114.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 28. September 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

Abonniert auf den „Korr.“!

Er ist für die Kenntnis der gewerblichen, organisatorischen und tariflichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unentbehrlich. Preis vierteljährlich nur 65 Pf., für zwei Monate 44 Pf., für einen Monat 22 Pf. Bestellungen bei allen Postanstalten.

Die organisatorische und tarifliche Geschichte des Gutenbergbundes.

II.

„Die fruchtbare Lehre sei dir ein Vorbild, die einsame Distel eine Warnung fürs Leben!“ — lautet ein Motto in einem 1906 vom Hauptvorstande des Gutenbergbundes herausgegebenen Pamphlete, und man muß zugeben, daß dieser Vergleich für die „einsame Distel“ Gutenbergbund außerordentlich zutreffend gewählt ist. Von Zeit zu Zeit haben die Herren doch einen lichten Augenblick. Einen solchen haben sie aber nie, wenn sie anfangen, die Geschichte ihrer „Organisation“ zu schreiben. Unzählige Flugblätter, Broschüren und Artikel im „Typograph“ geben hierüber die widersprechendsten Darlegungen. Immer aber waren es großzügige organisatorische und tarifliche Gedanken, die angeblich an der Wiege des Gutenbergbundes gestanden haben sollen. Bekanntlich ist das Gegenteil der Fall gewesen. Wir müssen deshalb den Bündlern etwas auf die Strümpfe helfen, was, wie aus dem im ersten Artikel Gesagten hervorgeht, nur skizzenhaft geschehen kann, denn es würde auf Monate hinaus unsere ganze Arbeit beanspruchen, wollten wir in eingehender Weise der Entwicklung des Gutenbergbundes auf seinen verworrenen Pfaden folgen. Leider können wir auch bei dieser Behandlung das Material nicht erst sichten und ordnen, sondern müssen uns mehr an die einzelnen Erscheinungen in den verflochtenen 15 Jahren halten, weil wir während des Schreibens selbst das Material erst zu suchen haben. Das Ganze soll aber nicht bloß eine Geschichte des Gutenbergbundes sein, sondern gleichzeitig eine Geschichte jener Ereignisse im Buchdruckgewerbe, innerhalb deren der Bund als Ritter von der traurigen Gestalt zu erkennen ist. Es liegt durchaus im Interesse des Verbandes, namentlich unserer jüngeren Kollegen vor Augen zu führen, wie die Dinge beschaffen waren, als der Bund sein häßliches Handwerk begann. Die Gedanken unserer Kollegen auf eine geschichtliche Epoche zurückzuführen, ist uns hierbei die Hauptsache, der Bund kommt für uns dabei erst in zweiter Linie in Betracht. —

Am meisten blähten sich die Bündler bisher damit, daß es nur dem Gutenbergbunde zu danken sei, wenn im Jahre 1896 wieder eine Tarifgemeinschaft zustande gekommen ist. Darauf sei das Ziel des Bundes von Anfang an gerichtet gewesen, nachdem die verbändlerischen Gehilfenvertreter 1892 die Tarifgemeinschaft beseitigt hätten. Wir haben nie Logik von den Bündlern verlangt, deshalb sei ihnen auch verziehen, wenn sie nicht begreifen können, daß nach der Weigerung der Prinzipale, die 1891 in der Einigungs-(Tarif-)Kommission gestellten und sukzessive herabgeminderten Forde-

rungen der Gehilfen anzuerkennen, das Einigungsamt, die Form, von selbst überflüssig wurde. Deshalb legten auch die Gehilfenvertreter in öffentlichen Versammlungen am 22. Oktober 1892 ihre Ämter in der Tarifkommission nieder. War damit aber die Tarifgemeinschaft beseitigt? Keineswegs. Der elementare Unwille der Gesamtgehilfenschaft, die halb stündige Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligt erhalten zu haben — denn auf eine halbe Stunde hatten die Gehilfenvertreter ihre Forderung reduziert —, hatte die Gehilfenschaft veranlaßt, ein solch unfähiges Einigungsamt wie die Tarifkommission aufzugeben. Also, die Form war preisgegeben, nachdem die Sache, auf dem Boden der Tarifgemeinschaft eine materielle Verbesserung der Lage der Gehilfen herbeizuführen, zur Unmöglichkeit geworden war.

In der Tatsache jener Amtsniederlegung der Gehilfenvertreter erblickten nun die Bündler die Beseitigung der Tarifgemeinschaft durch den Verband. Erst der Gutenbergbund habe den Verband wieder zu einer solchen getrieben: „Der Verband befürchtete, der Gutenbergbund würde ihm schließlich den Rang ablaufen und die Prinzipale mit diesem zusammen in Ordnung im Gewerbe schaffen. Daß diese Befürchtung tatsächlich vorhanden, haben sowohl Herr Massini wie Herr Döblin später zugegeben.“ Selbstverständlich konnte mit diesen Prinzipalen nicht im Schlafe einfallen, mit den 1000 bis 1200 Bündlern gegenüber etwa 20 000 Verbandsmitgliedern eine Tarifgemeinschaft ins Leben zu rufen, wie es auch Schwindel ist, daß Döblin oder Massini jemals einer solchen „Befürchtung“ Ausdruck gegeben haben. Man kann aber daraus ersehen, wie die Bundesleitung „Geschichte“ macht, denn im Effekt der Sache ist die alte Tarifgemeinschaft von den Prinzipalen, aber nicht von den Gehilfen preisgegeben.

Als zu Beginn des großen Streiks die Gehilfenvertreter ihre Ämter niederlegten, war dies nur die logische Folge ihrer mißglückten Mission. In den zehn Wochen jenes Kampfes konnte beiderseitig an eine neue Form nicht gedacht werden, welche an Stelle der seit 1878 bestehenden Tarifgemeinschaft hätte gesetzt werden können. Anders jedoch gestaltete sich die Situation, als der Streik beendet war. Am 16. Januar 1892 kam zwischen der Prinzipals- und der Gehilfenleitung resp. zwischen Bürgenstein und Döblin das bekannte Abkommen zustande, in dem es unter Ziffer 3 heißt:

Der Tarif vom 1. Januar 1890 gilt weiter und wird solange als gültig anerkannt, bis eine andre Vereinbarung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft getroffen ist.

Dieses Abkommen war sinngemäß weiter nichts als die beiderseitige Anerkennung des alten, durch die „Verhältnisse“ aber zur Inaktivität verurteilten Zustandes auf dem Tarifgebiete. Die Prinzipalität zog daraus auch die entsprechenden Konsequenzen in einer vom 29. Februar bis 4. März 1892 in Berlin abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Buchdruckervereins, in welcher dem Vorsitzenden, Herrn Klinkhardt-Leipzig, der Auftrag gegeben wurde, „die sofortige Bornahe der Ersatzwahlen der Gehilfenvertreter zu veranlassen“. Unter dem 8. April 1892 erließ der bisherige Prinzipalsvorsitzende der Tarifkommission, Herr Klinkhardt, eine Bekanntmachung in der „Zeitschrift“,

die Aufforderung an die Gehilfen enthaltend, Wahlen von Vertretern zur Tarifkommission vorzunehmen. In einem vom 27. April 1892 datierten „streng vertraulichen“ Rundschreiben werden die Prinzipale aufgefordert, Kandidaten aufzustellen, „welchen Sie ein Vorgehen in unserm Sinne übertragen könnten“, um so eine der Prinzipalität genehme Vertretung der Gehilfenschaft in der Tarifkommission zustande zu bringen. Diese unerhörte Brüstierung der Gehilfenschaft, sich Vertreter von Prinzipalsgnaden gefallen zu lassen, zeitigte zunächst unter der Berliner Gehilfenschaft den nachträglich allgemeinen Gedanken, an der Farce einer solchen „Gehilfenvertreterwahl“ sich nicht zu beteiligen. Doch, als mit der Tatsache zu rechnen war, daß bei einem passiven Verhalten der organisierten Kollegen mit einer Vertretung von Gehilfenverrättern gerechnet werden mußte, entschlossen sich die Mitglieder des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker, an Stelle der vorgeschlagenen Vertreter der Prinzipale die alten Gehilfenvertreter wiederzuwählen, was auch geschah. Es wurden in den zwölf Tarifkreisen gewählt die Kollegen: Westend-Berlin, Schlag-Breslau, C. Dominé-Frankfurt a. M., Birschky-Halle a. S., Demuth-Hamburg, Klapproth-Hannover, Kirsten-Karlsruhe, Schröder-Köln, Niesel-Leipzig, Kiefer-München, Roth-Stettin und Knie-Stuttgart. Die Vertreter, welche die Prinzipale aufgestellt, fielen glatt durch. Damit war der Plan der Prinzipale durchkreuzt, Gehilfenvertreter nach ihrem Wunsche in die Tarifkommission zu bekommen. Andererseits muß man sich aber an die Tatsache halten, daß die Wahlen ordnungsgemäß zustande gekommen waren, ganz gleich, aus welchen Motiven sich die Gehilfenschaft an denselben beteiligt hatte. Die Tarifgemeinschaft blieb damit bestehen oder, wenn man will, sie war rekonstruiert. Es hätte sich prinzipalsseitig lediglich um die Probe aufs Exempel gehandelt, in einer Sitzung der neuen Tarifkommission festzustellen, inwieweit sie ein geheißliches Zusammenarbeiten hätte ermöglichen können. Statt dessen erließ „die Prinzipalsabteilung der Tarifkommission für Deutschlands Buchdrucker“ in der „Zeitschrift“ eine Bekanntmachung, in der nach dem Hinweis auf den Ausfall der Wahlen u. a. gesagt wurde:

Die Prinzipalsvertreter halten unter diesen Umständen und bei der unwürdigen Behandlung der Sache seitens der Gehilfen ein weiteres Verhandeln mit den gewählten Gehilfen für zwecklos und sie erklären nunmehr im Namen der tarifgebenden Prinzipale Deutschlands die Tarifkommission für aufgelöst, indem sie ihre Ämter niederlegen.

Damit wurde die Beseitigung der Tarifgemeinschaft durch die Prinzipale perfekt. Wenn man diese Amtsniederlegung auch aus dem damaligen Verhältnisse zwischen Prinzipalen und Gehilfen verstehen kann, der Geschichtsschreiber hat nur Tatsachen festzustellen. Und Tatsache ist es, daß die Prinzipale ihre eigne Logik schlugen, indem sie es unterließen, die Konsequenzen ihres Handelns aus dem Resultate rechtsgültig zustande gekommener Wahlen von Gehilfenvertretern zu ziehen. In diesem Augenblicke durften sie sich von dem Rechtsboden der Tarifgemeinschaft nicht entfernen, denn mit den vorgenommenen Ergänzungswahlen war die Tarifkommission wieder komplett.

Mit vollem Rechte und durchaus zutreffend schrieb damals der „Korr.“:

Es geht doch nicht im Ernst an, daß man einer Gegenpart vor schreibt, sie solle mit der Wahrnehmung ihrer Interessen vor dem Gegner Leute betrauen, die dem Gegner gefällig sind, und daß man zur Diktierung übergeht, sobald diese Gegenpart einen ihr und nicht ihrem Widerpart genehme Vertretung sich bildet, nachdem man vorher die ewige Dauer der Vereinbarung beschworen hatte.

Die Situation im Buchdruckgewerbe, wie sie damals durch die Prinzipale geschaffen wurde, kennzeichnete die „Frankfurter Zeitung“ ganz zutreffend wie folgt:

Daß nach der Beendigung des langwierigen, mit großer Erbitterung geführten, mit gewaltigen Opfern verbundenen Kampfes nicht sofort wieder Ruhe und Frieden in das Buchdruckgewerbe einzogen, ist so begreiflich, das man von beiden Seiten über manches, was in der Nachperiode des Streiks hüben und drüben gesagt und getan worden ist, den Schleier der Vergessenheit hätte decken sollen. Das ist leider nicht geschehen, die Erregung blieb auch nach dem Streit in fast unerminderter Stärke bestehen, und sie hat in der letzten Zeit, wie man der Wahrheit gemäß bekennen muß, hauptsächlich durch die Schuld der Prinzipalsvertreter neue Nahrung erhalten. Die unglücklichen Kassengründungspläne der Prinzipale, die lediglich die Zerstörung der bestehenden, im allgemeinen wohl bewährten Organisationen bezweckten, das nicht viel glücklichere Projekt eines einseitigen Arbeitsnachweises und die vorgeschlagene rigorose Arbeitsordnung mit Ausschluß von Arbeiterausschüssen sind bereits vor drei Monaten an dieser Stelle als Maßregeln ab irato und deshalb verfehlt bezeichnet worden; noch viel unglücklicher aber hat seitdem die Prinzipalsvertretung in bezug auf den wichtigsten Punkt, die Neubildung der Tarifkommission, gehandelt. Hier hat die Prinzipalsvertretung elementare Forderungen der Gerechtigkeit außer acht gelassen, die freie Selbstbestimmung der Arbeiter rücksichtslos zu beseitigen und das Koalitionsrecht derselben in einer Weise illusorisch zu machen versucht, an welcher die Herren Kühnemann und Genossen ihre helle Freude haben mußten, die aber in den Kreisen der Gehilfen nur tiefe Erbitterung hervorgerufen konnte.

Außer dem faktischen Unrechte, in welches sich die Prinzipale gesetzt hatten, kommt aber noch hinzu, daß sie taktisch völlig kopflos handelten. Es ist einleuchtend, daß nach der Niederlage der Gehilfen und bei der starken Strömung für die Tarifgemeinschaft, die immer im Verbandsverbande gewesen, die Gehilfenvertreter in der Tarifkommission gar nicht den Resonanzboden wie 1891 im Oktober hinter sich hatten, und daß die durch die erlittene Niederlage eingetretene Ernüchterung zweifellos zu einem neuen wenn auch wenig verbesserten Tarife geführt hätte. Daß für die Tarifgemeinschaft im Gehilfenlager eine Begeisterung nicht vorhanden sein konnte, ist aus rein menschlichen Gründen begreiflich. Aber Tatsachen sind hartnäckige Dinge, und so würde bei Einberufung einer neuen Sitzung der Tarifkommission irgendwie doch ein Modus vivendi zustande gekommen sein. Statt dessen legten die Prinzipalsvertreter ihre Ver schulden der Prinzipale war die Tarifgemeinschaft gegenstandslos geworden. Das ist geschichtliche Wahrheit, an der keine noch so rabulistische Geschichtsfälschung der Bundesführer etwas ändern kann.

Inzwischen wurde aber der Boden für den Gutenbergbund vorbereitet. Für Gehilfenverräter begann die Saat aufzugehen. Von den Verbandsmitgliedern wurde der Austritt aus der Organisation verlangt, die „Gehilfenstimmen“ in der „Zeitschrift“ leisteten das Menschenmöglichste in der Beschimpfung des Verbandes, mit der Gründung der Prinzipalkasse, aus deren Mitgliedern sich später die Angehörigen des Gutenbergbundes rekrutierten, glaubte man dem Verbandsverbande den Garaus machen zu können, außerdem setzte eine aufreizende Bevorzugung von Arbeitswilligen bei Vergabung von Konditionen ein — von dem Prinzipalsarbeitsnachweise in Leipzig erklärte später Herr Kamm, er wäre zu einer Zuchttrute für die Verbandsmitglieder geworden! — zahllose Verbandsmitglieder irrten bei kümmerlicher Unterstützung monatelang im Lande umher, Lehrlinge wurden en masse eingestellt, die Tarifeinstellung war eine völlig willkürliche, mit einem Worte: es

schien der Untergang des Verbandes nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Viele von unseren Kollegen, welche sich nicht genug an Kritik über die heutigen tariflichen Verhältnisse leisten können, würden ihren Ton bedeutend herabstimmen, wenn sie aus eigener Erfahrung über jene Zeit reden könnten oder wenn ihnen der tiefere Einblick in das Einst und Jetzt ermöglicht werden könnte. In jener für den Verband wahrhaft erschrecklichen Zeit erhob der Gutenbergbund sein Haupt! Seine Gründer glaubten, aus dem Verhalten der Prinzipale dem Verbandsverbande gegenüber schließen zu dürfen, daß diese nur darauf warteten, mit einem Bunde erprobter Arbeitswilliger Hand in Hand zu gehen, und daß ein planmäßig betriebener Arbeiterverrat sich unter allen Umständen lohnen würde. Vielleicht war auch die Ermägung bei der Gründung des Bundes mit maßgebend, daß viele Arbeitswillige, die nach der Beendigung des Streiks wieder ihre Plätze verlassen mußten und nun, verstoßen von den Prinzipalen und verachtet von den Verbandsmitgliedern, ein billiges Material abgeben würden, mit dem man eine „Organisation“ ins Leben rufen und gemeinsam mit der Prinzipalität den Verband verdrängen könne!

Meine höfliche Bitte!

In Nr. 107 des „Korr.“ ersucht ein Artikelschreiber unter der Ueberschrift „Höfliche Bitte!“ alle „Korr.“-Artikelschreiber, sich deutsch auszudrücken anstatt der vielen fremdsprachlichen Sätze und Worte, wie sie in den Artikeln der letzten Nummern vielfach zu finden sind. Nun sind die dort gebrauchten fremdsprachlichen Sätze und Worte, wie man so sagt: „Gefügigste Worte“. Wir Seher haben vielfach auch solche gefügigste Worte zu sehen, mit denen sich oft dasjenige, was der Autor sagen will, kürzer und bestimmter ausdrücken läßt als mit deutschen Worten. Derjenige Kollege, der nun alles das, was er setzt und liest, auch verstehen möchte (und das soll doch jeder Mensch), wird seine älteren Kollegen um Uebersetzung der fraglichen Sätze und Worte bitten, oder er betragt das Lexikon. Wenn nun die Artikelschreiber des „Korr.“ die „Höfliche Bitte“ in Zukunft auch befolgen wollten, so wird man in Zeitungen, Zeitschriften und Wexeln doch nach wie vor auf fremdsprachliche Sätze und Worte stoßen. Das gedruckte Wort soll aber ebenso gut verstanden werden wie das gesprochene, sonst hat es seinen Zweck verfehlt. Da es aber eine Unmöglichkeit ist, alle Schriftsteller, mögen sie nun für Zeitungen, Zeitschriften oder Werke schreiben, zu bestimmen, keine fremdsprachlichen Sätze und Worte in für nichtfremde Sprachen verstehende Menschen bestimmten Druckwerken zu verwenden, ist es besser, es geht so weiter; nur mit dem Unterschiede, daß die Artikelschreiber fortan hinter die von ihnen beliebten fremdsprachlichen Sätze und Worte in eckigen Klammern [] die Bedeutung in deutscher Sprache setzen, etwa so: „Pour le roi de Prusse“ [Für den König von Preußen] (arbeiten, d. i. umsonst, vergeblich). In dem Artikel des Kölner Philosophen hat die „Korr.“-Redaktion in dankenswerter Weise schon wie obenstehend verfahren, in dem Artikel: „Honny soit, qui mal y pense!“ [Schlecht, wer übles davon denkt!] freilich nicht. Aber das können doch die Artikelschreiber selbst besorgen. Sie tun damit für viele Kollegen ein gutes Werk, denn dadurch wird der gewollte Zweck, daß das gedruckte Wort auch verstanden wird, erreicht, und ferner regt es manchen Kollegen auch an, sich selbst einmal in fremden Sprachen umzusehen, und das ist auch etwas wert. Hierzu empfiehlt sich für jeden Kollegen die Anschaffung eines Lexikons, aber nicht gleich ein großes „Meyer“ für 200 Mk. (Wer laßt da?), sondern ein Universalkonversationslexikon von 5 Mk. genügt. Ich besitze ein solches (Mürzhner) seit nunmehr zwölf Jahren, und es hat mir immer kurz und bestimmt geantwortet, und ich bin ihm dankbar, ja so dankbar, daß ich ihm kürzlich durch meinen Schwager ein neues Gewand anlegen ließ. Aus dem Lexikon erfieht man auch, ob das zu überlebende Fremdwort der französischen, englischen oder einer andern Sprache entstammt und last not least (englisch; sprich: laßt nicht los!) „als letztes; aber nicht geringstes“ die Aussprache. Derjenige Kollege, der sich einmal daran gewöhnt hat, das Lexikon zu befragen, strebt nach Bildung; er wird dann nicht nur den Inhalt des „Korr.“, sondern alles Lesbare, was ihm unter die Augen kommt, zu verstehen suchen. Und das ist sehr viel wert. Aber nicht viele Kollegen werden auf einmal 5 Mk. für ein Lexikon auslegen können, und es bleibt eben . . . unangefasst, wenn nicht die Ortsvereine durch Vierung des Lexikons gegen Teilzahlungen helfen einspringen.

Und nun zum Schlusse, ihr werthen „Korr.“-Artikelschreiber! Da es nun unmöglich ist, alle deutschen Schriftsteller zu bewegen, sich nur deutsch auszudrücken, so lateinert, französisch und engländert auch ihr ruhig weiter (selbstredend nur da, wo es angebracht ist!!!), aber überseht es auch ins Deutsche. Das ist „meine höfliche Bitte“.

Düsseldorf.

J. E.

Korrespondenzen.

Bezirk Beuthen (O.-Schl.). Am 15. September fand in Ratibor eine gut besuchte Bezirksversammlung statt. Gauvorsteher Fiedler-Breslau hielt wieder einen Vortrag, und zwar sprach er diesmal über den Organisationsvertrag. Redner führte zunächst die Gründe an, weshalb der Vertrag zustande kam und welche Bedeutung er hat. Jeder Paragraph wurde nicht nur vorgelesen, sondern je nach seiner Bedeutung bis ins kleinste erklärt. Die Kollegen folgten mit Spannung den Ausführungen, sind doch so viele erst bei dieser Gelegenheit über diesen vielbesprochenen Vertrag aufgeklärt worden. Durch reichen Beifall wurde dem Redner gedankt. Bei dem Punkte „Berichte aus dem Bezirke“ hörte man wieder recht interessante Einzelheiten. So wurde aus Gleiwitz u. a. berichtet, daß bei Feldhuß („Oberchleßische Volkstimm“) die Maschinenseher mit 7,21 Mk. unter Minimum entlohnt werden. Ferner hat genannter Herr, der sich oberchleßischer Sozialpolitiker nennt, im Januar bei der Einführung des neuen Tarifes den Abbonnementspreis wohl um 10 Pf. erhöht, die Löhne seiner Arbeiter jedoch bleiben dieselben. In Königshütte ist es in der Druckerei Gauginger noch schlimmer wie in der eben genannten Druckerei in Gleiwitz. Dort arbeiten gar Lehrlinge unter 15 Jahren an der Maschine. In Rattowitz bestehen zwischen unseren Kollegen und den Blinden fortwährend Meibereien. Empörende Einzelheiten über die Frechheit einzelner dieser Luchkollegen wurden erzählt. Nach Verlesung des neuen Berichts ging man zum nächsten Punkte über: Anstellung des Gauvorstehers. Da Kollege Fiedler dem einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt wurde, von vornherein für seine Person ablehnte, blieb der Punkt unerledigt. Nachdem noch der Ort für die nächste Bezirksversammlung — Königshütte — festgelegt wurde, war die Tagesordnung erledigt und die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Schiffania. Da in letzter Zeit des öftern in deutschen Fachzeitsungen erschlaffte Kräfte, Seher wie Drucker, zu hohem Lohne nach Skandinavien gesucht werden, so sind hier wohl einige Erklärungen über diese fetten Fründer für diejenigen Kollegen angebracht, welche Lust verspüren sollten, ihr Domizil nach dem Norden zu verlegen. Die Engagements werden durch wunderschön geschriebene, vielversprechende Briefe in Fluß gebracht, worin besonders die hier herrschende billige Lebensweise im Vergleiche zu Deutschland hervorgehoben wird. Die Auskunft, die über die betreffende Firma vorher von den führenden Organen selbstverständlich eingeholt wird, lautet günstig, da sowohl Arbeits- wie tarifliche Verhältnisse als gute bezeichnet werden. Man befindet sich nun in diesem Eldorado und muß dann leider nach einiger Zeit bemerken (man kann nicht gleich mit pollen Segeln los schwimmen, weil nicht jeder der Sprache mächtig ist, „also „nach einiger Zeit“), daß die schönen Versprechungen nur zum Teile, ja in manchen Fällen überhaupt nicht erfüllt werden; desgleichen ist es mit der vielgerühmten Billigkeit eine verdammt eigenartige Sache. Ist der Preis der Nahrungsmittel zum Teile etwas niedriger als in Deutschland, so hat man doch noch lange nichts profitiert, weil demgegenüber die Preise für andere Verbrauchsgegenstände bedeutend höher sind. Mit einem Worte: Christiania ist keine billige, sondern eine teure Stadt. Um nun mit der Familie einigermaßen anständig leben zu können, ist man genötigt, wegen Gehaltsaufbesserung vorzugehen, womit erreicht wird, daß der „blaue Brief“ gepflogen kommt, oder es bleibt im andern Falle keine andre Möglichkeit, als selber „abzuklappen“. Man kann sich ja am Orte verändern, weil 52 tarifliche Druckereien bestehen, aber man ist gezwungen, zu bedeutend billigeren Preisen zu arbeiten, und das ist der springende Punkt, es liegt System in der Sache: Erste Kräfte werden ins Land gezogen, aus angeführten Gründen aufs Pfaster gesetzt und somit genötigt, sofern dieselben nicht über genügend Mittel zur Uebersetzung verfügen, die besseren Posten für eine mäßige Entlohnung zu besetzen. Leider fallen wieder und immer wieder die Kollegen darauf hinein und niemand nahm bisher hierzu Stellung. Allen unseren Kollegen empfehlen wir, bei Annahme dieser Konditionen sehr vorsichtig zu Werke zu gehen, um sich vor Nachteil zu schützen. Drei Ausgerutschte.

Düsseldorf. Monatsversammlung vom 14. September.) Von der verhältnismäßig nur noch geringen Anzahl Nichtmitglieder am hiesigen Orte haben sich wiederum sieben Kollegen zur Aufnahme gemeldet, die auch dem Gauvorstande empfohlen wurden; aber auch unglückliches ist zu berichten, und zwar der Ausschluß folgender Kollegen wegen Restierens: Max Keller, Julius Klemmsen, August Reismann, Eduard Reuter und August Derfen. Auch die hiesige Stadtverwaltung geht dazu über, eine Buchdruckerfachschule zu errichten. Der Bezahlplan liegt bereits vor. Ein billiges Verlangen wäre, daß auch die Gehilfen ihre Vertreter zu solchen Beratungen entsenden könnten. Es soll noch versucht werden, gehilfenseitig einen Einfluß zu gewinnen. „Der neue Buchdrucker-Stuben und seine Bedeutung für die Vereinheitlichung der deutschen Rechtschreibung“ lautete der beifällig aufgenommene Vortrag des Kollegen Brüpper. In der Diskussion wurde ausgeführt, daß die erstrebte Vereinheitlichung immerhin noch nicht gelungen sei. Für die ausgeschickten Marmorarbeiter am hiesigen Orte wurden 50 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Für den nun in Angriff genommenen Neubau des Volkshauses übernimmt die Ortskasse eine zweite Urtie à 500 Mk., die in Anteilscheinen à 5 Mk. in den Mitgliedern untergebracht werden soll. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben des Kollegen Friedrich.

ch. Halle a. S. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Ortsversammlung vom 14. September gab der Vorsitzende das Ableben des hier lange Jahre beschäftigt gewesen Kollegen Chr. Stüßgen, zuletzt in Leipzig, bekannt. Die Versammlung ehrte das Andenken desselben in üblicher Weise. Nach Erledigung eines Aufnahmebeschlusses erhielt Kollege Kößge das Wort zur leitenden Besprechung der ausgetheilten Johannistagsgedächtnisblätter. Er wolle, so führte er etwa aus, nicht eine Kritik der vorliegenden Drucksachen vornehmen, sondern eine Urtheilung geben zur richtigen Betrachtung, kann können jeder einzelne selbst urtheilen. Nach längerem Aufsuchen über das Verhältnis des Buchdruckes zur Kunst kennzeichnete der Redner die einzelnen Stilformen in ihren richtigen und falschen Anwendungen unter Vorlegung von Beispielen, so den Wiederholungsstil, Sezession, Geviertpunktmanier ufm. Weiter erläuterte er die angewandten Formate, die Papiere, die Anordnung des Satzes und die Druckfarben, zuletzt auch noch kurz die Johannistagsfestsetzungen streifend. Zum Schluß empfahl er besonders den jüngeren Kollegen dringend, sich zum Zwecke ihrer technischen Weiterbildung der Graphischen Vereinigung anzuschließen. Beschäftigter Beifall folgte seinen Ausführungen, für die ihm der Vorsitzende im Namen der Kollegen dankte. In einer kurzen Debatte über die technische Ausbildung der Lehrlinge wurde ebenfalls von allen Seiten die Graphische Vereinigung der allgemeinen Beachtung empfohlen. Unter „Verschiedenes“ wird die im Gewerkschaftsartikler erfolgte vorläufige Ablehnung der Errichtung einer Zentralbibliothek erwähnt. Eine kurze Debatte entpinn sich über die Handhabung des „Korr.“-Obligatoriums. Die Versammlung hätte diesem Besuch verbietet, besonders glänzen viele der jüngeren Kollegen durch Abwesenheit, die einer Belehrung vielfach noch sehr bedürftig sind und sich solche Gelegenheiten nicht entgehen lassen sollten.

In. Samml. i. W. Ein stattlicher Reichenzug bewegte sich am 22. September vom städtischen Krankenhaus durch die Straßen nach dem städtischen Friedhofe. Galt es doch, unsern ehemaligen langjährigen Reisekassenverwalter und Vorstandsmitglied Eduard Lufche aus Lamsdorf i. Schl. das letzte Geleit zu geben. Vom städtischen Krankenhaus, in welchem Kollege Lufche Genesung suchte, bewegte sich der imposante Reichenzug unter Gesamtbeteiligung der Kollegen sowie einem Teile der übrigen Arbeiterschaft zum Friedhofe. Dort angekommen, sang der Männergesangverein Polyhymnia recht wirkungsvoll die Lieder: „Dort unten ist Friede“ und „Wie sie so sanft ruhn“. Nachdem der Sarg in die Gruft gesenkt war, legte die Geschäftsleitung der Firma W. B. Klambt sowie der Vorstand des hiesigen Ortsvereins und des Männergesangvereins kostbare Kränze nieder. Jeder einzelne Kollege trat an die Gruft und widmete ihrem lieben Eduard Lufche den letzten Scheidegruß. Das Grab schloß sich und der Ortsverein Samml hat einen Kollegen verloren, der manchem zum Vorbilde dienen könnte. Der Name Eduard Lufche wird unter uns fortleben. Möge ihm die Erde leicht sein!

Bezirksverein Ludwigshafen a. Rh. Die halbjährige Bezirksversammlung, welche am 15. September in Frankfurt abgehalten wurde, war von 11 Kollegen aus Ludwigshafen, 20 aus Frankfurt und 1 aus Grünstadt besucht. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Gavourstehers Fuhs über den Organisationsvertrag. Der Referent ging den Vertrag Punkt für Punkt durch und erläuterte die einzelnen Paragraphen in klarverständlichen Ausführungen, dabei die Befürchtungen, die bei Abschluß des Vertrages an denselben geknüpft wurden, herbeizühnend. Eine genaue Wiederabgabe des Referates erübrigte sich, da dieser Gegenstand schon öfters an dieser Stelle besprochen wurde. Daß aber dieser Vortrag zur Aufklärung über manche bei den Kollegen bestandene Unklarheiten beitrug, bewies der Beifall, welcher dem Referenten am Schluß seiner so anregenden und sinnreichen Ausführungen gesollt wurde. Die Bezirkskasse hatte im ersten Halbjahre eine Einnahme von 934,27 Mk., eine Ausgabe von 898,48 Mk., so daß ein Vorratbestand von 35,79 Mk. vorhanden ist. Die Abrechnung über das Johannistagsfest ergab eine Mehrausgabe von 325,45 Mk. Die Prüfung der Kasse mit Belegen und Büchern wies eine exakte Buchführung auf, weshalb dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt wurde. Kollege Wligner erstattete noch den Bericht über die Tätigkeit des Tariffchiedsgerichtes. Von den zur Verhandlung gestandenen Fällen betrafen zwei Klagen die Firma F. Feldmann in Ludwigshafen. Im Anschluß an diesen Bericht wollen wir noch erwähnen, daß bei dieser Firma nicht die richtigen Verhältnisse in puncto Behandlung des Personals bestehen. Mit der schriftlichen Anerkennung des Tarifes übernimmt der Prinzipal auch die Verpflichtung einer anständigen Behandlung des Personals. Dies scheint jedoch bei genannter Firma nicht immer der Fall zu sein. Denn bei einem ständigen Personalwechsel von einem Geher und einem Drucker ist der Personalwechsel bei Herrn Feldmann in diesem Jahre schon ein sehr beträchtlicher. Daß bei einem starken Wechsel nicht immer die Geheißten die Schuldigen sind, dürfte jedem objektiven Beurteiler ohne weiteres klar sein. Wenn wir auch davon Abstand nehmen, die uns mitgetheilten Details diesmal hier zu veröffentlichten, so wollen wir doch Herrn Feldmann darauf aufmerksam machen, daß wenn in dieser Beziehung bei ihm keine Besserung eintritt, wir etwas deutlicher reden müssen. — Im Anschluß an die Versammlung fand in dem Vereinslokale „Zum Delphin“ die Ausstellung der diesjährigen Johannistagsgedächtnisblätter statt. Für die Ludwigshafener Kollegen findet diese Ausstellung

demnächst in Ludwigshafen statt. Tag und Lokal wird noch bekannt gegeben.

Mühlhausen i. Glf. Eine Außerordentliche Bezirksversammlung wurde am 17. September hier abgehalten, zu der sich etwa 60 Mitglieder eingefunden hatten. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß der Bezirksverein Straßburg 100 Mk. für die hiesigen Streikenden gesandt habe. Der Bezirksaufschuß und die Maßregelungsunterstützung sind jetzt nach zehn Wochen für die Streikenden abgelassen und sind drei derselben verbandseitig zu keiner Unterstützung mehr berechtigt. Bei der Besprechung über diese Angelegenheit gab es eine erregte Debatte. Es trat gerade hier zutage, welche Nachteile die elsäß-lothringischen Kollegen durch den Anschluß an den deutschen Verband haben. Es muß, abgesehen davon, daß der Beitrag gegen früher höher ist, gleich Extrasteuer gezahlt werden, wenn in eine Bewegung eingetreten wird, um die betreffenden Kollegen entsprechend zu unterstützen. Im elsäß-lothringischen Verband wurden die einzelnen Bezirksvereine doch wenigstens vom Zentralvorstande finanziell unterstützt und den einzelnen Bezirken nicht die meisten Kosten eines Streiks überlassen. (Das ist absolut nicht zutreffend, denn eventuelle Extrasteuern kämen nur als Zuschüsse zur Verbandsunterstützung in Betracht. Das Ganze ist überhaupt ziemlich unklar dargestellt. Redaktion.) Die Versammlung beschloß, die Gemäßregelungen wie bisher zu unterstützen und die bei der Verbands- und Gaukasse ablaufenden Unterstützungen auf die Bezirkskasse zu übernehmen, und zwar vorläufig für sechs Wochen. Ueber den Verlauf des Streiks bei Wader & Co. ist zu berichten, daß derselbe kein gutes Ende genommen hat. In der betreffenden Druckerei wird eine täglich erscheinende französische Zeitung hergestellt. Es war also mit Bezug von Streikbrechern aus dem weniger gut organisierten Frankreich und der Schweiz zu rechnen. Bei Ausbruch des Streiks blieben stehen die Nachkollegen J. Rivenack, C. Schmid, U. Schatz, E. Wille und J. Bild. Als Arbeitswillige sind eingespargen: U. Werber aus Niedersheim, ein früherer Prinzipal; Wilsons König aus Brunnstätt, der es vom Vertrauensmanne in Kiesel zum Arbeitswilligen brachte; B. Gauché aus Nancy und G. Ueberall aus Remiremont, zwei kaum der Lehre entworfene junge Leute; R. Richard aus Laufanne, ein Krankheitsfall; ferner E. Wlasson aus Genf, U. Schenkel aus Zürich, H. Warthauer, E. Krebs, Haegy, alles zweifelshafte Leute. Ein Arbeitswilliger namens Schwörner wurde von der Polizei daran gehindert, weiter zu arbeiten, da er sich an Kindern unter 14 Jahren sittlich vergangen hatte. Dieses Subjekt ist ein Schwindler schlimmster Sorte. Er scheute sich doch nicht, nachdem er von den hiesigen Kollegen ein Abreißgeld erhalten und sich verpflichtet hatte, den Platz zu verlassen, nach acht Tagen schon wieder auf der Bildfläche zu erscheinen und dasselbe Manöver zu versuchen. Dabei wurde er natürlich entsprechend heimgeschickt. An den Sejmashinen lernt Herr Wader Mädchen an; welchen Erfolg er damit erzielt, sieht jeder Eingeweihte an der Zeitung selbst. Zu erwähnen ist, daß dem Bezirksvereine durch Abschließung von Arbeitswilligen einige Kosten entstanden. Die Firma Wader & Co. hat aber bedeutende Entschädigungen an organisierte Kollegen zahlen müssen, welchen beim Engagement verschwiegen worden war, daß Streik ist. Angeführt sei nur der eine Fall, wo ein aus Frankreich zugereister Kollege nicht weniger als 100 Mk. Entschädigung beanspruchte und auch erhielt. Bezeichnend ist, daß mit fast sämtlichen Streikbrechern Arbeitsverträge für mehrere Jahre abgeschlossen wurden. Ein Teil unserer streikenden Kollegen hat ja bereits Stellung erhalten und hoffen wir, daß auch die anderen bald wieder untergebracht werden.

S. B. Mühlhausen. Die am 14. September abgehaltene Ortsvereinsversammlung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des am 22. August an Ungenleiden verstorbenen Kollegen Franz Müller aus Schliessee und ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls erfolgte die Aufnahme von 29 Kollegen. Der Prinzipal R. Bornschein wurde nach vergeblicher Aufforderung mit neun Neuten als verschollen aus der Mitgliederliste gestrichen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß unsere Johannistagsgedächtnisblätter von der Firma Knorr & Hirt zum Papierpreise hergestellt wurden und sprach für dieses Entgegenkommen den Dank aus. Für die Bibliothek wurden in diesem Jahre etwa 1000 Mk. für Neubeschaffungen aufgewendet und der Bücherbestand um etwa 800 Bände vermehrt, was von den Versammlungsbesuchern freudig begrüßt wurde. Die Ueberlieferung in das neue Vereinsbureau, Holzstraße 24, I, ist vollzogen und somit die Bureau von Ort und Gau getrennt, doch in einem Stockwerke untergebracht. Die Neueinrichtungen des Ortsvereinsbureaus erforderte bis jetzt die Summe von 1600 Mk. und kann bis auf kleinere Nachschaffungen als erledigt betrachtet werden. Mit dem 29. September d. J. wird der wieder beschlossene Gauaufschuß in Höhe von 50 Pf. pro Tag eingeführt; dadurch wird auch eine Verringerung des Ortsaufschusses bedingt und beträgt dieser sodann nur mehr 25 Pf. pro Tag. Da die letzte Versammlung mit den Restanten recht nachsichtig verfuhr, scheinen sich diese nun erst recht wohl zu fühlen und nimmt deren Restzahl allmählich zu; die nächste Versammlung wird sich wohl wiederum mit diesem Unwesen zu befassen haben und dürften die Beteiligten dann nicht mehr so günstig wegkommen. Der Sekretär der Ortskrankenkasse, Herr Karl Deininger, ist dem Wunsche der letzten Versammlung nachgegeben und erklärte sich bereit, in die Diskussion über sein gehaltenes Referat einzutreten. Der

heftig bekämpfte Antrag des Vorsitzenden, nur auf die Ausführungen des Referenten einzugehen, die Ortskrankenkasse als Ganzes aber auszuschalten, wurde durchgeführt. Auf die verschiedensten Anfragen aus den Mitgliederkreisen gab Herr Deininger genaue Auskunft und erteilte lebhaften Beifall. Der Vorsitzende dankte namens der Versammlung dem Referenten. Eine Resolution dahingehend, den Gewerkschaftsverein zu beauftragen, eine öffentliche Versammlung zu dem Zwecke einzuberufen, um Protest gegen die Säumigkeit der Regierung in Angelegenheit der Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse zu erheben, da die Gesamtmittelbeschaffung unter diesem unzulässigen Zustande zu leiden hat und Beschlüsse zum Wohle der Kasse dadurch nicht gemacht werden können, wurde angenommen. Nach einer kleinen Pause sollte in die Beratung des Vertrauensmännerreglements und des Wademerkums eingetreten werden. Da jedoch der Wunsch laut wurde, sämtliche Neuerungen und Abänderungsanträge den Versammlungsbesuchern zur besseren Orientierung gedruckt vorzulegen und auch demgemäß Beschluß gefaßt wurde, wurde dieser Punkt auf eine demnächst einzuschaltende Außerordentliche Versammlung vertagt. Bei der nun folgenden Besprechung interner Angelegenheiten wurden die Verhältnisse verschiedener großer Druckereien aufgerollt, woraus zu ersehen ist, daß bei einzelnen Firmen bereits früher an Samstagen eine kürzere Arbeitszeit um eine Viertel- und Halbstunde Platz gegriffen hatte; mit Einführung des neuen Tarifes jedoch fielen diese Vergünstigungen weg und erhielt das Personal dieser Firmen entweder nur eine Viertelstunde oder gar keine Fortsetzung zugestanden, was wohl mit Recht als Verschlechterung angesehen werden muß. Bedauerlicherweise läßt sich nun nach den Tarifamtsentwürfen im „Korr.“ (Nr. 105) hiergegen nichts machen, doch dürfte dies gewiß nicht zur Befähigung der erregten Gemüter beitragen. Auch fragt es sich, wie die Erkenntnis des Tarifauschusses, daß bestehende bessere Verhältnisse bezüglich Lohn und Arbeitszeit beim Uebergange vom alten in das neue Tarifverhältnis nicht verschlechtert werden sollen, in Anwendung gebracht werden kann. Durch die Nichtbefolgung der Geschäftsordnung seitens eines Redners und der dadurch hervorgerufenen Erregung sah sich der Vorsitzende leider veranlaßt, die einigermäßen gut besuchte Versammlung noch vor vollständiger Erledigung der Tagesordnung zu schließen.

Stuttgart. Die Generalversammlung der Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker in Stuttgart fand am 14. September statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und hob als besondere Errungenschaft im vergangenen Jahre die Aufnahme unserer Sparte in die Tarifgemeinschaft hervor und wünschte, da nun ein jahrelanger Wunsch erfüllt sei, daß die Kollegen auch durch rege Beteiligung am Vereinsleben das Erreichte festhalten und weiter ausbauen helfen. Die Mitgliederzahl betrug anfangs 47, am Ende des Jahres 53. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden die amtierenden Kollegen mit Ausnahme eines Beisitzers wiedergewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde dann die anregend verlaufene und gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Erklärung. In Nr. 113 des „Korr.“ stellt sich der Vorstand der Leipziger Maschinenfabrikvereinigung gegenüber der Erklärung des Gavourstandes veranlaßt, alles in seinem Versammlungsberichte über den Gavourstand und Gehilfenvertreter betreffend des Kollegen Schulz Gelagte aufrecht zu erhalten. Demgegenüber sehe ich mich nunmehr veranlaßt, zu erklären: Daß mir und auch den übrigen Mitgliedern des Schiedsgerichtes von dem so gerühmten Eintreten des Kollegen Schulz für die Interessen der Maschinenfabrik gegenüber verschiedenen Geschäftsleitern erst etwas durch den Versammlungsbericht der Maschinenfabrik bekannt geworden ist, und daß sowohl der Gavourstand wie ich Kollegen Schulz diejenige Unterstützung zuteil werden ließ, die wir nach der Sachlage ihm allein gemäßen konnten, d. h. daß wir seine Klage, nach welcher er seitens der hiesigen Typographenmaschinenbesitzer boykottiert sei, unterstützten, damit sie vor dem Schiedsgerichte verhandelt werden konnte. Eine vom Kollegen Schulz sowie dem Vorstande der Maschinenfabrikvereinigung verlangte Intervention beim Prinzipalschiedsvertreter lehnte ich aus den dem Kollegen Schulz mitgeteilten und hier in seinem Interesse verschwiegenen Gründen ab.

Die Verhandlung der Klage des Kollegen Schulz vor dem Schiedsgerichte ergab auch nicht den geringsten Anhalt für die Wahrnehmung desselben.

Alles übrige wird in der demnächst stattfindenden Vereinsversammlung seine Erledigung finden, in der hoffentlich Kollege Schulz nicht wie in der Schiedsgerichts-sitzung durch seine Abwesenheit glänzen wird.

U. Vogenitz,
Gehilfenvertreter des VII. Tarifkreises.

Rundschau. Die Einführung des neuen deutschen Buchdruckpreistarifes erfolgt am 1. Oktober. Damit ist denn die Zeit des einigen Handelns bei der Preisberechnung für unsere Prinzipale gekommen, ein Kapitel, das bislang nicht gerade zu den Ruhmestiteln der deutschen Buchdruckereibezirge zählte. So viel aber auch seither auf dem Konkurrenzgebiete gesündigt worden ist, jetzt, wo der Deutsche Buchdruckerverein so erstarkt, so man die mühevollen Vorarbeiten, zu denen teilweise auch

Vertreter der Gehilfenchaft herangezogen wurden, auf der diesjähigen Hauptversammlung in Mannheim einmütig gutieß, jetzt wird auch hier eine Gewandlung eintreten. Und sie muß Platz greifen, weil die Zukunft unsers Tarifvertrages nicht unwesentlich von der Einflüßung und strikten Einhaltung des neuen Druckpreistarifes abhängt. Hoffentlich ist also die Preisfestschleuberei bald ein überwundener Standpunkt, damit die in § 9 des Organisationsvertrages vorgesehenen Zwangsmaßnahmen der beiden Vertragskontrahenten nur selten zur Anwendung gebracht zu werden brauchen. Wo es aber notwendig werden sollte, da wird sich die Macht der Organisation der Schmutzkonkurrenten in voller Entfaltung zeigen müssen.

Die Hebung des Gewerbes durch Arbeitgeberverbände kann man gegenwärtig in Ulm getätigt sehen. Aber wie? Unter dem Titel „Ulmer Schnellpost“ erscheint daselbst eine konservative Tageszeitung, herausgegeben von Dr. Mülling, einem Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes. Im vergangenen Jahre gab es bei Mülling einen Aufstand, obwohl er nur M.-B. beschäftigte. Aber auch diese verlangten endlich einmal tarifliche Bezahlung; wie rückständig die sonstigen Arbeitsverhältnisse bei Mülling waren, möge jetzt unredert bleiben. Der Offizienstreik mangelte, da es unter den Buchdruckern immer noch etliche Elemente gibt, die es für dienlicher halten, wenn sie ihre Arbeitskraft mehr verkaufen als angemessen verkaufen. Diese Sorte von Gehilfen sieht zum Teile ihre Vertretung in dem Gutenbergbunde, auf den Rest machen die bündlerischen Tarifreue den jetzt Reichsagb. Mülling, der auch württembergischer Landtagsabgeordneter ist, erklärte damals, er könne nicht nach Tarif bezahlen, weil sein Blatt sich gar nicht rentiere. Jetzt ist dem Manne anscheinend ein Rettungsgedanke gekommen. Um nämlich, der zunehmenden Monopolisierung der kleinen Anzeigen in den Händen der Firma Gbner einen Riegel vorzuschleichen, hat er den Inserationspreis auf 2 Pf. pro Zeile für Anzeigen bis zu fünf Zeilen herabgesetzt, bei größeren Inseraten werden die ersten fünf Zeilen auch mit nur 2 Pf. berechnet; dafür werden solche Anzeigen dann auch noch in einem Ableger der „Ulmer Schnellpost“ gratis veröffentlicht. Bemerkenswert sei, daß der normale Zeilenpreis 10 Pf. beträgt. Um an einem Vergleiche die Sache verständlicher zu machen: Ein Inserat, welches im „Ulmer Tagblatt“, Müllings Gegenstand des Konkurrenzkrieges, bei einmaliger Aufnahme 60 Pf. kostet, wird von Mülling in seine beiden Blätter für ganze 10 Pf. aufgenommen. Da nun Mülling jedem Inserenten seines Konkurrenzblattes noch ein vorgedrucktes Zirkular per Post zugesandt mit einer Aufstellung über den Preisunterschied, so ist der „Profit“ Dr. Müllings aus den kleinen Annoncen fast gleich Null. Wenn Mülling so weiter an der Hebung seines Blattes arbeitet, dann wird er wohl gar noch Vorkunditionen vornehmen müssen, um damit dann einen vollständigen Beweis zu erbringen, wie Arbeitgeberverbände das Gewerbe heben und für die Wohlfahrt der Gewerbeangehörigen zu sorgen verstehen.

Ein tränenreicher Erguß, der wirklich von tiefem seelischen Schmerz zeugt, war in der vorletzten Nummer unsers Scharfmacherblätchens zu lesen. Man wird sich wohl wundern, von diesen starken Männern über sentimentale Gefühlswallungen berichten zu hören. Und dennoch: es ist also! Aber die Tränen des Arbeitgeberverbandesorgans flossen nicht, weil der liebe Gutenbergbund trotz des frohen Kriegszuges „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ und der hohen Begönnerung seitens der organisierten Tarifgegner weiter den Krebsgang geht, sondern die Tränenrisen des augenscheinlich in Berlin domicilierenden Kritikerschreibers wurden durch die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in Funktion gesetzt. Wie unsere Leser wissen, machte die „Westdeutsche“ eines schönen Tages dem Arbeitgeberverbande das wegen ihrer jetzigen entchiedenen Inanspruchnahme des Gutenbergbundes sie in unseren Augen ehrende Kompliment der Tariffeindschaft, mit der Steigerung, sie müsse in dem Arbeitgeberverbande eine Gefahr für die Tarifgemeinschaft erblicken. Der Stoß traf die Arbeitgeberverbände ins Herz! Er traf so tief, daß man, wie fraglicher Erguß zeigt, nicht mehr die Kraft zu einem kräftigen Gegenstöße hatte, sondern sich durch des- und mehnmütige Vorstellungen wieder einen kleinen Stein im Bette bei der „Westdeutschen“ zu erobern trachtete. Aber das Arbeitgeberorgan verfuhr dabei sehr ungeschickt, es berührte eine Stelle, die bei der Richtung der „Westdeutschen“ besonders schmerzhaft ist, es zog nämlich das Christentum jener Leute in Zweifel. Man höre: „Wir sehen uns übrigens genötigt, das Christentum“, das die Westdeutsche Arbeiterzeitung, vertritt, noch in anderer Weise zu beleuchten. Eine der ersten Forderungen des Christentums ist Anerkennung: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!“ Der von der Arbeiterzeitung und von uns bekämpfte Organisationsvertrag wirft die christlich-nationale Gewerkschaft, den Gutenbergbund, dazu die anderen Organisationen und sämtliche nicht-organisierten Gehilfen aus dem Vertragsverhältnis bzw. aus dem jedem braven Arbeiter zuzehenden Ansprüche auf Arbeit und Verdienst heraus. Das ist ein Unrecht! sagt die Arbeiterzeitung. Wir (d. h. der Gutenbergbund, in dessen Namen sie redet) sind doch auch noch da und wollen auch berücksichtigt sein! Wir können nicht in den sozialdemokratischen (einseitigen) Verband eintreten — das ist gegen unsre Ueberzeugung! Nun wohl, soweit ist alles gut. Wie aber stellt sich die Arbeiterzeitung nun weiter? Wenn wir nur in den Organisationsvertrag aufgenommen sind, wenn die Sache nur so gewandt wird, daß wir keinen Schaden

davon haben, dann — sind wir zufrieden, dann ist alles gut! Noch mehr! Dann sind wir dabei, dann helfen wir mit, daß selbe Unrecht, das erst gegen uns verübt wurde und über das wir uns bitter beklagten, gegen andre auszuüben! Ist das Christentum? Kann man vom christlichen Standpunkte aus so handeln? Oder meint die Westdeutsche Arbeiterzeitung vielleicht, es gäbe gar keine andre Ueberzeugung unter den Gehilfen als entweder eine solche, die in den sozialdemokratischen Verband oder eine solche, die in den Gutenbergbund hineinfihrte? Dann weiß sie auch nach dieser Seite hin wenig Bescheid. Es gibt tatsächlich auch noch andere Ueberzeugungen, und die sind genau so berechtigt und haben genau denselben Anspruch auf Berücksichtigung wie die der Westdeutschen Arbeiterzeitung und des Gutenbergbundes. Auf ein Christentum, das nur an sich denkt und nur für sich sorgt, das sogar helfen will, gegen andere ein Unrecht verüben, das man um jeden Preis von sich abgewandt wissen will, geben wir nichts. Im Gegenteil! Christen, die so handeln, decken sich mit dem Christentume als mit einem falschen Ausschüßel. Will man gerecht sein, dann muß die Richtigkeit dieser Argumentierung des Arbeitgeberverbandesorgans nur anerkannt werden. Das Eintreten für den Gutenbergbund und das Bemühen, ihn als Tarifkontrahent anerkannt zu sehen, ist bei der „Westdeutschen“ Selbstzweck, hat mit der Wahrnehmung von Gemeininteressen nichts, gar nichts zu tun. Wie sich die Herrschaften, d. h. unser Scharfmacherverband und Dr. Glaback, ferner noch von der Lauterkeit ihrer Absichten gegenseitig zu überzeugen oder richtiger zu täuschen befreit sein werden, soll uns sehr gleichgültig bleiben. Wir wollen nur von der jetzigen tiefen Verstimmlung zwischen diesen beiden Liebhabern der Suchgehilfenorganisation Gutenbergbund und unseren Lesern Kenntnis geben. Dann aber müssen wir noch zu einem wichtigen Punkte in der Polemik gegen die „Westdeutsche“ unsern Senf geben. Der Arbeitgeberverband erklärt nämlich, obwohl er ausdrücklich „eine Reihe von Bestimmungen des Tarifes für verbesserungsbedürftig hält“, habe er „seinen Mitgliedern empfohlen, sich nicht nur nach den Lohnsätzen, sondern überhaupt nach dem Tarif, insbesondere nach den Lohnsätzen zu richten“. Daß der Arbeitgeberverband den Tarif für verbesserungswürdig hält, stimmt schon, aber diese Verbesserung ist mit dem Worte Verbesserung richtiger bezeichnet. In einem uns vorliegenden Zirkulare des Arbeitgeberverbandes heißt es nämlich, es habe sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die gegenwärtige Tarifgemeinschaft „allerlei Unzulänglichkeiten“ im Gefolge habe. „Beispielsweise wird eine Entlohnung nach Arbeitsleistung und unter Berücksichtigung des Alters und langjähriger Ausdauer der Gehilfen in derselben Offizin den Prinzipalen immer mehr erschwert, wenn nicht geradezu unmöglich gemacht.“ Die durch Sperdruck hervorgerufenen Stellen sind also die Punkte, wo die „Verbesserung“ der Arbeitgeberverbände einsehen würde — und das nicht zu knapp! Was z. B. für die Gehilfen dabei herausspringen würde, wenn die Arbeitgeberverbände selbstherrlich die Arbeitsleistung bewerten und die Entlohnung ebenfalls willkürlich bestimmen dürften, läßt sich an fünf Fingern abzählen. Ein weiteres Moment, bei welchem von jener Seite eine „Verbesserung“ für notwendig gehalten wird: „Auch läßt sich nicht verkennen, daß der Tarif vornehmlich auf die Verhältnisse in den Großdruckereien und Großstädten zugeschnitten ist.“ Was erstgenannte „Verbesserungen“ noch unzubringen übrig lassen würden, könnte mit der letztgenannten „Verbesserung“ sozusagen voll und ganz erreicht werden. Die weitere Behauptung, der Arbeitgeberverband empfehle seinen Mitgliedern die Einhaltung des Tarifes, namentlich seiner Lohnsätze, ist eitel Fünkerei. Wir beweisen dies durch Zitierung der Ziffer 3 der „Programatischen Erklärung“, woselbst es heißt: „Der Arbeitgeberverband ist als solcher nicht gegen eine Tarifgemeinschaft, hält aber dafür, daß verschiedene Bestimmungen des Tarifes, der vornehmlich auf die Verhältnisse in den Großdruckereien und Großstädten zugeschnitten ist, für eine geistliche Entwicklung des Buchdruckereigewerbes bedenklich sind, und wird nach Kräften auf eine Abänderung derselben für die Zukunft hinzuwirken suchen. Inzwischen läßt er seinen Mitgliedern, was die Anerkennung des Tarifes, anbetrifft, volle Freiheit.“ Also nichts von einer unerbittlichen Empfehlung, sich nach dem Tarif und nur seinen Lohnsätzen zu richten, wie man jetzt glauben machen will, sondern die regelrechte Proklamierung der Gewerbeanarchie! Und dieser Freidrief hat dem Arbeitgeberverbande ja überhaupt nur Mitglieder zugeführt, die, so gering ihre Zahl auch ist, zu 75 Proz. aus den Tarif nicht anerkennenden und einhaltenden Firmen sich rekrutieren. Will man das bestreiten, nun dann heraus mit dem ängstlich geheim gehaltenen Mitgliederzeichnisse! So weit uns auch die Wege von der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ trennen, mit ihrer Behauptung der Tariffeindschaft des Arbeitgeberverbandes hat sie vollkommen recht, und wir glauben ihr und anderen hiernit neue Beweise dafür geliefert zu haben.

„Der Kampf um die Koalitionsfreiheit“ betitelt sich eine soeben erschienene neue „Denkschrift“ des Arbeitgeberverbandes. Wir erhalten davon durch die „Zeitschrift“ Kenntnis, denn uns ist diese neueste Broschüre noch nicht zu Gesicht gekommen. Daß es sich aber wieder um ein Scharfmacherprodukt handelt, geht aus der Polemik der „Zeitschrift“ gegen die „Kreuzzeitung“ hervor. Bekanntlich ist das neben der „Post“ das reaktionärste Blatt in Deutschland. Wenn von einer

solchen Seite nun die Empfehlung der sogenannten Denkschrift betrieben wird, dann hat das von vornherein seine Bedenken. Die Sache wird aber noch bedenklicher, weil die „Kreuzzeitung“ sich auf ihre Unparteilichkeit in dieser Frage beruft, da sie keine eigene Druckerei besitze, was freilich zutrifft, wozu jedoch die recht wesentliche Erläuterung zu machen wäre, daß die „Kreuzzeitung“ in der Druckerei (H. Heinicke) eines Arbeitgeberverbändlers hergestellt wird! Die „Kreuzzeitung“ erklärt in ihrem Artikel resp. spricht damit nur vom Arbeitgeberverbande fälschlich behauptetes nach, der Kampf unsers Scharfmacherverbandes gelte nicht dem Tarife, sondern nur dem Organisationsvertrage. Die „Zeitschrift“ tritt dieser Behauptung natürlich entschieden entgegen, und wir haben in der voranstehenden Notiz ja schon gründlich dargetan, daß mit solchen Behauptungen des Arbeitgeberverbandes Festscherustücke aufgeführt werden, an deren Echtheit kein Mensch glaubt. Ueberhaupt, wenn sich die „Kreuzzeitung“ als unparteilich aufspielt und um die Koalitionsfreiheit den Kampf führen will! Hat dieses Blatt nicht einmal den Satz geschrieben: Erst die Arbeiter provozieren und dann schießen?

Eine schwere Anpassungsfähigkeit an die gesetzlichen Bestimmungen besitzt das Organ des Arbeitgeberverbandes, der in Mannheim erscheinende „Deutsche Papiermarkt“. Die Leute, welche Regierung, Polizei, Staatsanwalt und Gericht in Bewegung setzen möchten, um das, was sie Koalitionszwang = Terrorismus im Organisationsvertrage nennen, behördlich verbieten zu sehen, sie haben erst verschiedenemal durch den „Korr.“ und auch durch die „Zeitschrift“ an die gesetzliche Vorschrift aufgefordert werden müssen, einen verantwortlichen Redakteur für die Beilage „Der Arbeitgeber im Druckgewerbe“ anzugeben. Das ist nun endlich geschehen und bedt nun ein H. Wagner in Berlin — jedenfalls der unlängst angestellte Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes — die tarifgegnerischen Angriffe und die sonstigen Ausfälle gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker sowie den Deutschen Buchdruckerverein mit seinem Namen. Also etwas gesetzlicher wäre man schon gemorden. Dem § 6 des Preßgesetzes ist aber immer noch nicht Genüge geschehen, denn weder für den „Deutschen Papiermarkt“ noch für die ständige Beilage des Arbeitgeberverbandes wird ein Verleger angeführt. So schwer fällt es also den das Deutsche Reich durch unsern Organisationsvertrag schon gefährdet sehenden Schleifreidrehern, auch nur den einfachsten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen Gesetzesbestimmungen nachzukommen.

Wieder ein neuer Ortsverein! jubelt der „Typograph“, was wir gemissermaßen auch begreiflich finden, denn meistens ereignen sich im Gutenbergbunde nur Ortsvereinsauflösungen. Die Gründung eines Ortsvereins in Koblenz, die dem „Typograph“ zu wahren Freudenpuzschäumen Anlaß gibt, ist wieder typisch für den Bund. Es sind ganze zehn Mann — und mehr werden es auch nicht werden — die sich ihm dort angeschlossen. Religiöse Fanatiker, von denen keiner noch aus Koblenz herausgekommen, und gemerkhaftig ganz unbrauchbare Menschen. Wer weiß, ob die Betreffenden sich überhaupt zum Bunde „aufgeschwungen“ hätten, wenn nicht ihr Metteur, ein einflußreicher Mann bei dem Prinzipal, auf einmal ein Organisationsbedürfnis bei sich entdeckt hätte! Das übrige besorgte ein früherer Buchdrucker, der jetzt östlicher Arbeitersekretär ist. Also der Nachdruck von oben — der „Typograph“ würde sagen: Terrorismus — hat nicht das wenigste dazu beigetragen, daß eine Bündlerfalle in Koblenz entstand. Die überschwänglichen Hoffnungen des „Typograph“ auf positive Arbeit und kräftiges Leben dieses neuen Ortsvereins muten recht komisch an, wenn man hört, daß diese zehn Männlein — der bewußte Metteur ist ihr Vorsteher! — schon und ängstlich in der Wohnung des Vorstehenden tagen, um der profanen Welt jeden Einblick in ihren Latendrang zu entziehen.

Un die frische Luft befördert wurde in Leipzig ein Sendbote des Gutenbergbundes, der auf einer Veranstaltung des aus Nichterbandmitgliedern bestehenden alten Gelandvereins Typographia Prosehten für den Bund machen wollte. Das ist jedenfalls kennzeichnend für die Wertschätzung, die der Gutenbergbund bei den alten M.-B. genießt. Der größte Teil seines Anhanges ist ja auch junges, unerfahrenes Volk, das den Bund nur als Durchgangsstation zum Verbands benutzt. Bereitwilliges Entgegenkommen bezeugt die Handwerkskammer Saarbrücken durch kostenlose Ueberlassung ihres Sitzungsraumes zu Verhandlungen unsers dortigen Tarifschiedsgerichtes.

Die jetzt auslernenden Lehrlinge müssen zur Ablegung der Gehilfenprüfungen angehalten werden, worauf wir nochmals aufmerksam machen und unsere in den Prüfungsausschüssen tätigen Kollegen gleichzeitlich eruchen wollen, für eine entsprechende, an alle Druckereibesitzer des Kammerbezirks zu richtende Aufforderung demüßigt zu sein, sofern nicht gewohnheitsmäßig ein solcher Hinweis erfolgt. Der Prinzipal, welcher der Ablegung der Gehilfenprüfung direkt oder indirekt Hindernisse in den Weg legt, wird nach der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. resp. vier Wochen Haft bedroht. Selbstredend haben die Kollegen nicht minder die Pflicht, die Auslernenden über die Notwendigkeit der Gehilfenprüfung aufzuklären und sie zur Ablegung anzufachen.

In Konturs geraten sind die seit 16 Jahren erscheinenden „Goslar Nachrichten“. In den letzten Jahren haben in jener Gegend nicht weniger als sechs Blätter

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 114. Er erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich. Leipzig, den 28. September 1907. Anzeigen kosten: die Nonpareilsetze 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. 45. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)
in ebenjovielen Orten ihr Erscheinen eingestellt. Für die Presse scheint demnach dort kein sonderlich fruchtbares Feld zu sein.

Das zweihundertjährige Bestehen konnte am 24. September die Kitzlingsche Buchdruckerei in Osnabrück, Herausgeberin der „Osnabrücker Zeitung“, feiern.

Konfiskiert wurde in Neuruppin eine Nummer der „Graphischen Presse“, die sich mit dem Ausstände bei der Firma Dehmigle & Niemtschneider dortselbst beschäftigt. Das ist jedenfalls ein starkes Stück polizeilicher Unparteilichkeit bei Lohnkämpfen. Nebertumpft wird diese Leistung aber noch durch ein Verbot der dortigen Polizeibehörde für die Streikenden, die Arbeitswilligen nicht zu gräßen! Das Gericht wird diesem polizeilichen Uebelthäter gewiß einen gehörigen Dämpfer aufsetzen.

Ueber die Tarifbewegung in Butareft ist mitzutheilen, daß eine Konferenz beider Parteien im Landwirthschaftsmuseum zwar noch nicht endgültig zu einem Tarifabschlusse führte, aber doch folgende Vereinbarungen zustande kamen: Der Lohn beträgt im ersten Gehilfenjahre 22 Fr., im zweiten 24 Fr., im dritten und vierten 26 Fr., im fünften 28 Fr. und im sechsten Jahre 30 Fr. pro Woche. Bestehende höhere Lohnsätze dürfen nicht verringert werden. Bei den Zeitungen wird statt eines Sonntags ein Ruhetag in der Woche eingeführt. Sechs Tage Arbeit in der Woche müssen geleistet werden. Für Sonntage oder gefehlliche Ruhetage wird doppelter Lohn gezahlt.

Ein Großfeuer zerstörte die Druckerei des großen radikalen Organs „Le Progrès“ von Lille fast vollständig. Die Liberalen und sozialdemokratischen Blätter stellen ihre Druckereien und Redaktionen in kollegialer Weise dem betroffenen Verlage zur Verfügung.

In Kassel befinden sich die Buchbinder im Ausstände. Daß auch von Buchdruckprinzipalen Kassels den Buchbindern Schwierigkeiten bei dem Abschlusse eines Tarifvertrages herbeizuführen, finden wir ebenso unverständlich wie unlogisch von Seiten der Betroffenen. Die Kasser in Stuttgart befinden sich im Ausstände.

In Neu-Ysenburg b. Frankfurt a. M. streiken die Mübeldrucker und Lackierer. — Aus einem Ausstände ist eine Auslieferung der organisierten Erd- und Bauhilfsarbeiter in Straßburg geworden. — Die Isolierer und Helfer Hamburgs befinden sich im Streik. — In Haan bei Solingen streiken sämtliche Tischler die Arbeit ein. — Die Erfurter Bauarbeiter unterlagen in dem seit Anfang Mai währenden Kampfe. — Die Droschenfischer in Posen haben einen kurzen, aber erfolgreichen Streik hinter sich. — Die angeführte Generalauslieferung der Bauarbeiter in Kiel, die zum Teile bereits begonnen, ist noch abgewendet worden. Die streikenden Holzplatarbeiter und Kuffcher, auf die die vereinigten Scharmacher durch die Auslieferung einen Druck auszuüben gedachten, haben sich durch einen vor dem Gewerbegebiete abgeschlossenen Tarifvertrag mit ihren Arbeitgebern geeinigt und auch die ganz unmotivierten von den Bauunternehmern in den Konflikt einbezogenen Lohnbewegungen der Stuckateure und Heizungsmonteurs sind, teilweise zum Vortheile der Arbeiter, beendet. Der Tarifvertrag im Holzhandel wurde komischerweise nicht von Organisation zu Organisation, sondern zwischen der Organisation der Holzhändler einerseits und drei, bei Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation beschäftigten Arbeitern andererseits abgeschlossen. So wollte es der Unternehmerrückblick der Holzhändler, die sich hartnäckig sträubten, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen.

In Wien traten 3000 Eisenarbeiter in den Ausstand. — Die Bergarbeiter in Vrsta Luka (Serbien) sind ausständig. — In der Landwirtschaft Schweden legten auf elf Gütern die Erntearbeiter die Arbeit nieder. — In St. Louis brach ein Streik von Schuhmachern aus, der sich zu einem Sympathieausstände in weiteren 18 Fabriken mit 30000 Arbeitern ausweitete. — Der Kampf der Hafnarbeiter in Antwerpen ist aufgehoben worden auf Grund eines Schreibens des Bürgermeisters, der in bestimmtester Form 14 Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit einen Minimallohn von 5,50 Fr. und Entlassung sämtlicher fremder Arbeiter innerhalb acht Tagen verspricht. Die Unternehmervereinigung dagegen erklärt, sie mache keinerlei Zugeständnis, auch würden die Führer nicht wieder eingestellt. — Die Telegraphenboten in Neuyork haben ebenfalls ihren Streik aufgehoben und unterbreiten ihren Konflikt einem Schiedsgericht.

Gestorben.
In Berlin am 19. August der Seherinwalde Otto Senff, 58 Jahre alt — Lungentzündung; am 10. September der Buchdruckereibesitzer Adolf Otto Trövisch, 65 Jahre alt; am 17. September der Seher Wilhelm

Kuhbach, 32 Jahre alt — Sarkom; am 18. September der Drucker Wilhelm Anders von dort, 25 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 22. September der Seher Wilh. Rappicht aus Kitzlin, 52 Jahre alt — Herz- und Leberleiden.

In Braunshweig am 19. September der Seher Alfred Hensel von da, 29 Jahre alt.

In Bromberg am 20. September der Seherinwalde Oskar Kopitz, 43 Jahre alt.

In Chemnitz am 14. September der Buchdruckereibesitzer Richard Schuster, 44 Jahre alt.

In Düsseldorf am 24. September der Seher Josef Holz, 24 Jahre alt — Lungentzündung.

In Graz der Faktor Ferdinand Ehl.

In Hamburg der Buchdruckereibesitzer Gustav Mitschewager.

In Hamm i. W. am 20. September der Seher Eduard Lusche aus Lamsdorf i. Schl., 35 Jahre alt — Herzleiden.

In Leipzig am 24. September der Buchdruckereibesitzer Bernhard Freyer, 66 Jahre alt — infolge einer Fußamputation.

In Neumünster am 22. September der Seher Karl Wehnd, 32 Jahre alt — Schwindsucht.

In Regensburg am 24. September der Seherinwalde Christian Kummel, 45 Jahre alt — Blutsturz.

In Straßburg i. El. am 20. September der Seher Eugen Priske, 41 Jahre alt — Schwindsucht.

In Stuttgart am 18. September der Gießer Josef Döfler aus Rued in Schwaben, 32 1/2 Jahre alt — Darmverschlingung; am 20. September der Besitzer der Galvanoplastischen Anstalt Rudolf Zierow.

In Zerbst am 15. September der ehemalige Faktor Adolf Blasing, 74 Jahre alt.

Briefkasten.
D. G., Nr.: So behauerlich solche Vorkommnisse sind, müssen wir doch von einer Aufnahme absehen, werden aber an entsprechender Stelle, das weitere veranlassen.
D. G. in U.: Die Sache liegt jedenfalls so, daß die Anzeige bereits von der Polizei an die Staatsanwaltschaft abgegeben war, welche bei solchen Vorkommnissen im öffentlichen Interesse Anklage erhebt. Nur so lange sich die Polizei noch mit dem Falle beschäftigt, wäre eine Klageangabe durch Sie möglich gewesen; bei der Staatsanwaltschaft ist das eben nicht mehr möglich. Die 15 Mk. brauchen Sie nicht zurückzugeben, da Sie doch die an die Gewährung derselben geknüpften Bedingungen erfüllt haben. Wenn der gewollte Zweck nicht erreicht wurde, so ist das nicht Ihre Schuld. — Sch. in Berlin: Nein. — Gl.: Wenden Sie sich an Ihre Tarifverbände. — „Union“: 3,80 Mk. — F. Sch. in Regensburg: 3,80 Mk. — W. F. in Duisburg: Leipzig, Buchgewerbestaus, Holzstraße 1. — J. W. in Zürich: Die ständig wiederkehrenden Warnungen unserer Zentralleitung machen solche lokale Notizen überflüssig; Kollegen, welche trotzdem gegen die allgemeinen Vorschriften (Erkundigungen vor Konditionsantritt einzuziehen) verstoßen, haben eben die Konsequenzen zu tragen.

Verbandsnachrichten.
Verbandsbureau: Berlin SW 28, Mariendorferstraße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.
Die geehrten Vorstände eruchen wir um baldgültige Angabe der Adressen nachfolgender Kollegen: Martin Wohlleben (34994), Bernhard Neffel (37714), Robert Rüper (30874), Paul Wagner (55670), Kurt Adler (34905), Rud. Commichau (38664).
Berlin. Der Verbandsvorstand.

Adressenveränderungen.
Gummersbach a. Rh. Vorsitzender: Heinrich Meisters, Steinstraße; Kassierer: Albert Scholten, Martinikirchgang.
Halberstadt. Kassierer: Robert Frost, Harmoniestraße 54.
Kitzingen a. M. Vorsitzender: Hans Dieß, Fischerstraße 17; Kassierer: Joh. Neubert, Landwehplatz 14.
Leipzig. Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker. Vorsitzender: G. Heitmann, Leipziger-Coinvent, Stöckertstraße 18, II; Kassierer: S. Dörich, Bayerische Straße 89, Hof, I.
München. Bayerischer Korrektorenverein. Kassierer: Josef Schöffler, Maifstraße 38b, II.
Schweinfurt. Vorsitzender: Friedr. Pfister, Fischerstein 111.
Zossen. Maschinenmeisterverein. Vorsitzender: A. Schlawitz, Bahnhofstraße 35, part.; Kassierer: A. Gerber, Neu-Dabendorf bei Zossen, Wagnerschauffee 2.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Eberfeld die Seher 1. Hugo Schüler, geb. in Langenberg 1888, ausgel. das. 1906; 2. Ernst Daus, geb. in Eberfeld 1881, ausgel. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder; 3. Karl Reichert, geb. in Eberfeld 1883, ausgel. in Leipzig 1903; war schon Mitglied. — In Solingen der Seher Karl Hermann Giesecke, geb. in Halle a. S. 1880, ausgel. in Burg b. Magdeburg 1898; war schon Mitglied. — In Weibert der Drucker Fr. Kreisföhrer, geb. in Meiviges 1863, ausgel. das. 1883; war schon Mitglied. — Heinr. Marschall in Eberfeld, Humboldtstraße 53, II.

In Weira der Seher Artur W. Heilmann, geb. in Erfurt 1879, ausgel. das. 1896; war schon Mitglied. — Adolf Bohne, Weißklosterstraße 26, III.

In Jahnsdorf der Seher Albert Dennstädt, geb. in Waldbheim 1880, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — In Pausa der Seher Gottschalk Füscher, geb. in Pausa 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — G. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.

In Osterwieck die Seher 1. Friedr. Glenewinkel, geb. in Ulfeld (Seine) 1889, ausgel. das. 1907; 2. Paul Reimann, geb. in Osterwieck 1888, ausgel. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — Heinr. Kruse in Halberstadt, Hinter der Mühle 17.

In Pirmasens der Schweizerdegen Bernh. Schulte, geb. in Berl. (Westf.) 1888, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — Rob. Dohm, Ringstraße 102.

In Stettin 1. der Schweizerdegen Ernst Galepp, geb. in Stettin 1884, ausgel. in Berlin 1902; die Seher 2. Gustav Birth, geb. in Kalk bei Rittersdorf bei Berlin 1889, ausgel. in Pletze i. Pom. 1907; 3. Paul Schäfer, geb. in Rautheim (Kr. Niederung) 1887, ausgel. in Stettin 1906; 4. der Drucker Ulrich Pautsch, geb. in Seebad Hübber 1882, ausgel. in Stettin 1900; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Möller, Lukasstraße 1, III.

In Stuttgart die Drucker 1. Willi Utenretsch, geb. in Stuttgart 1886, ausgel. das. 1904; 2. Adolf Kull, geb. in Waiblingen-Stuttgart 1889, ausgel. in Stuttgart 1907; 3. Alfred Bübler, geb. in Stuttgart 1889, ausgel. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In Schweningen die Seher 1. Ludwig Reiter, geb. in Lubwigsburg 1881, ausgel. das. 1899; 2. Viktor Gurski, geb. in Berlin 1874, ausgel. das. 1904; waren schon Mitglieder. — In Lüdingen der Seher Walter Martin Pähler, geb. in Worna bei Leipzig 1885, ausgel. in Strebla a. d. Elbe 1903; war noch nicht Mitglied. — Karl Anie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

Arbeitslosenunterstützung.
Schweinfurt. Die Auszahlung des Biattikums an Durchreisende erfolgt in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags bei Konrad Spieß, Friedhofstraße 8, I.

Versammlungskalender.
Blankensf. Versammlung heute Sonnabend den 28. Sept., abends 9 Uhr, bei David in Dudenhuben, Bahnhofsstraße.
Duisburg. Auserordenliche Versammlung heute Samstag den 28. September, abends präzis 9 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krönung“, Delpplatz 1.
Eberfeld. Deutscher Buchdrucker-Versammlung Sonntag den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Viktoriahotel, Döberberg (Käppel).
Gelsenkirchen. Versammlung heute Samstag den 28. September, abends 9 Uhr, im Restaurant Jungthaag, Hochstraße.
Görlitz. Versammlung heute Sonnabend den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Felsenkeller“, Sonnenstraße, part.
Halberstadt. Versammlung Sonntag den 27. Oktober in Hülbersleben. Anträge hierzu bis 10. Oktober an den Vorsitzenden erbeten.
Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Dienstag den 1. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Finkenbühlweg 37.
Heidelberg. Versammlung heute Samstag den 28. September, abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Zum Hühnerhaus“.
Jena. Versammlung heute Sonnabend den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Römer“.
Kottbus. Bezirksversammlung Sonntag den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Lübben („Schützenhaus“). Anträge sind bis spätestens 12. Oktober an H. Beck, Kottbus, Wallstraße 37, Seitzengob., einzureichen.
Quedlinburg. Bezirksversammlung Sonntag den 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Gasthof „Zum schwarzen Bär“ in Wanzleben. Anträge sind bis zum 14. Oktober an Fr. Franke in Quedlinburg, Weststraße 10, I, einzureichen.
Reit. Bezirksversammlung Sonntag den 27. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Reichenberg, Gasthof „Zum grünen Baum“. Anträge zu derselben sind bis zum 15. Oktober an den Bezirksleiter einzureichen.

Schweizerischer Typographenbund.
Luzern. Der Seher Jakob Engerhardt aus Meerach (Ranton Zürich), bis Mitte August in Luzern, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Sektion Luzern gegenüber nachzukommen, andernfalls Ausschluss erfolgt.

